

iv positionen

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE

Oktober 2022



Leistung muss sich wieder lohnen!

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



INDUSTRIELAND ÖSTERREICH
Mehr als 400 Persönlichkeiten
feierten den Tag der Industrie 2022 *Seite 5*



INNOVATION
KI, Daten und Digital Skills – jetzt
die Weichen für die Zukunft stellen *Seite 8*



OBERÖSTERREICH
Energiekrise –
jede Woche zählt! *Seite 10*

Wirtschaftspolitische Herausforderungen in Italien



Hohe Schulden, Energiekrise und Inflation – wirtschaftliche Stabilität wird für Meloni zur Mammutaufgabe.

Es ist die mittlerweile 68. Regierung in Italien seit 1946. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an die voraussichtlich neue Regierungschefin Giorgia Meloni von Fratelli d'Italia und ihr Bündnis mit der rechtspopulistischen Lega und der konservativen Forza Italia. Die politische Instabilität mit ihren häufigen Regierungswechseln ist dem Wunsch der Bevölkerung nach Veränderung, um schließlich Stabilität zu erreichen, geschuldet. Wirtschaftspolitisch keine leichte Aufgabe, denn die Staatsverschuldung ist mit rund 150 Prozent des BIP nach wie vor sehr hoch – nach Griechenland der zweithöchste Wert in Europa.

„Für die EU ist es enorm wichtig, dass Italien auf den Finanzmärkten glaubwürdig bleibt. Italien hat als eine der größten Volkswirtschaften in Europa eine ganz andere Dimension als Griechenland“, sagt Michael Löwy, Bereichsleiter Internationale Beziehungen und Märkte bei der IV.

Wichtiger Markt für Österreich

Gerade der hoch industrialisierte Norden Italiens sei eines der bedeutendsten Wirtschaftszentren der EU und auch für Österreich ein wichtiges Zentrum des Handels und der Investitionen. Italien ist für Österreich bei Exporten die zweitwichtigste Destination nach Deutschland: 2021 exportierten österreichische Unternehmen Waren

im Wert von mehr als elf Milliarden Euro in das südliche Nachbarland.

Neben der hohen Staatsverschuldung wird sich Melonis Regierung für ein Eindämmen der Inflation einsetzen müssen und die Umsetzung des gewichtigen EU-Wiederaufbauplans vorantreiben. Italien ist der größte Empfänger dieser EU-Hilfsgelder und muss dafür in den kommenden Monaten und Jahren noch zahlreiche Meilensteine erreichen.

Energieversorgung

Und dann ist da noch die Energiekrise. Italien ist gemessen am Energieverbrauch auf Rang vier der europäischen Länder. Bisher ist es bereits gelungen, den Anteil an

russischem Gas bei den Gasimporten von 40 Prozent auf 25 Prozent zu senken. Für Italien wird es aber wichtig bleiben, strategische Partnerschaften zu schließen oder auszubauen. „Der Kurs der Regierung wird davon bestimmt sein, mit afrikanischen Nachbarn für Energiesicherheit in Italien zu sorgen“, sagt Löwy. Die Frage steigender Preise hingegen ist kompliziert: „Angesichts der hohen Staatsschulden stellt sich natürlich die Frage, welchen Spielraum das Bündnis überhaupt für Hilfspakete wie in Österreich hat“, so Löwy. Die Erwartungen an das neue Bündnis in Italien sind hoch und der Handlungsspielraum gering – die Wirtschaftspolitik wird für Meloni keine leichte Aufgabe.

60 Jahre Wildganspreis – Gertraud Klemm ausgezeichnet

Der renommierte Literaturpreis „Anton Wildgans“ ging dieses Jahr an die Schriftstellerin Gertraud Klemm.

Der „Literaturpreis der Österreichischen Industrie – Anton Wildgans“ feiert 2022 sein 60. Jubiläum. „Die Rolle von Kunst, Kultur und Literatur für die Gesellschaft kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Literatur setzt wichtige Impulse in der Gesellschaft, indem sie Geschichten erzählt, Kritik äußert, Dinge in Frage stellt und zum Nachdenken anregt. Als Industriellenvereinigung war und ist es stets unser Anspruch, gesamtgesellschaftlich zu denken, zu handeln und unsere Verantwortung für die Menschen wahrzunehmen“, sagte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer anlässlich des Festaktes zur Verleihung des renommierten Literaturpreises 2022.

Der Wildganspreis ging dieses Jahr an die Schriftstellerin Gertraud Klemm. Geboren 1971 in Wien, studierte sie Biologie und arbeitete dann als Gutachterin bei der Stadt

Wien. Seit 2006 steht ihr literarisches Schaffen im Zentrum ihrer Arbeit. Romane wie „Herzmilch“, und „Aberland“ folgten. 2016 brach sie mit ihrem Roman „Muttergehäuse“ ein gesellschaftliches Tabu und thematisierte ihren unerfüllten Kinderwunsch. Zuletzt setzte sie mit ihrem Roman „Hippocampus“ ein Zeichen für die gleichberechtigte Wahrnehmung von Frauen.

GEWINNSPIEL

Die iv-positionen verlosen anlässlich der Verleihung des Wildganspreises drei signierte Exemplare von Gertraud Klemms Roman „Hippocampus“. Um an der Verlosung teilzunehmen, schicken Sie bitte ein E-Mail an: sara.grasel@iv.at



Schriftstellerin Gertraud Klemm mit IV-Generalsekretär Christoph Neumayer

GASTKOMMENTAR

Von Krisen(erfolgs)rezepten

Manchmal lernt man aus Krisen. Manchmal lernt man aus Erfolgen. Doch manchmal vergisst man die eigenen Erfolgsrezepte? Warum kam Österreich 2008 vergleichsweise gut aus der gewaltigen globalen Finanzkrise? Nein, es waren nicht nur die segensreichen Handlungen einer lokalen Regierung. Es war eine Tatsache: Österreich hatte noch immer eine echte Industrie. In vielen anderen Ländern wie Großbritannien und teils auch Frankreich war die Deindustrialisierung in den Jahrzehnten davor und der breite Umbau der Volkswirtschaften in Dienstleistungsgesellschaften als heimliches Erfolgsrezept verkauft

worden: So sei man endlich unabhängig von Konjunktur und globalen Märkten. Deutschland und Österreich hatten zwar eine Bankenlandschaft, die mit und unter der Finanzkrise mitlitten und Staatshilfen brauchten. Doch die Industrie in den beiden Ländern lief robust. Und das Phänomen sollte sich wiederholen: Als die Pandemie das Leben still stellte, Menschen in den Lockdown zwang und den Dienstleistungsverkehr zum Erliegen brachte, war es wieder die Industrie, die rasch wieder ansprang und durchlief. Die die Wirtschaft einigermaßen am Brummen hielt.

Und nun? Scheint das Rezept fast vergessen oder die Mittel dafür, es umzusetzen,

zu fehlen. Die Konstellation aus Energiepreis-Explosion und (notwendiger) CO₂-Reduktion könnten zu einem massiven Einbruch der Industrie führen. Langfristig noch schlimmer: Eine Verlagerung von Industrien und Arbeitsplätzen in Länder, die diese Probleme nicht oder kaum kennen könnte für viele Vorstände das Gebot der Notwendigkeit sein. Verantwortung für Mitarbeiter, Eigentümer und für das Überleben ihres Unternehmens könnte sie zu solchen Entscheidungen zwingen. Vielleicht sollte diese kleine Industriegeschichte der 2000er-Jahre den Regierungen kurz zu denken geben: Deindustrialisierung geht schnell, Reindustrialisierung dauert ewig.



Rainer Nowak, Chefredakteur und Herausgeber Die Presse

Die Gastkommentare in den iv-positionen stellen die Meinung des Autors dar und spiegeln nicht grundsätzlich die Position der Industriellenvereinigung wider.

Wir brauchen mehr Leistungswillen denn je!



Derzeit stöhnen Unternehmen und Bürger unter den hohen Energiekosten – dabei dürfen wir den massiv steigenden Arbeitskräftemangel nicht übersehen. Wer soll in Zukunft Anlagen für die Energiewende bauen, programmieren, Brot backen und Kinder ausbilden?

Gute Nachrichten sind derzeit rar, und auf den ersten Blick ist es eine: Die Arbeitslosenquote ist in Österreich auf ihrem Tiefststand seit 14 Jahren. Besonders stark ist sie in den Bereichen Zeitarbeit und in der Industrie zurückgegangen – beides Zeichen für eine gegenwärtig noch (!) gute wirtschaftliche Lage. Das zeigt uns, dass die Auswirkungen der aktuellen Krisen in ihrer vollen Ausprägung erst kommen. Und gleichzeitig gibt es eine Kehrseite: Uns gehen die Arbeitskräfte aus.

Der Arbeitskräftemangel ist neben der digitalen und Energietransformation die größte wirtschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahre. Die Lücke zwischen offenen Stellen und Menschen, die Arbeit suchen, wird immer kleiner. Nachgefragte Kompetenzen entsprechen immer seltener dem Angebot und gleichzeitig ist absurderweise die Debatte über die 35-Stunden-Woche wieder aufgeflammt. Diese Probleme treffen uns mit voller Wucht in einer Zeit, in der wir mehr (!) und nicht weniger Leistungswillen bräuchten. Wir brauchen Menschen, die beispielsweise PV-Anlagen aufstellen, die programmieren, unser Brot backen und unsere Kinder ausbilden. Wir brauchen Leistungswillen, der gefördert und belohnt werden sollte – egal, ob es um eine Begünstigung von Überstunden geht oder um steuerliche Anreize, um von Teilzeitarbeit in einen Vollzeitjob zu wechseln. Für diesen Wechsel braucht es zudem dringend den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung in Österreich.

Die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-boomer-Generation gehen in den kommenden Jahren in Pension. Seit den 1970er-Jahren ist das faktische Pensionsalter in Österreich nicht gestiegen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung. Menschen bleiben länger fit und längst wurde diese Gruppe als kaufkräftige Zielgruppe entdeckt. Es ist höchste Zeit, sie auch länger im Arbeitsmarkt zu halten, denn: Arbeit stiftet Sinn. Und erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für Unternehmen wertvoll. Im Pensionsalter sollen sich nicht aufgrund von Steuern und Beiträgen nur Mini-Jobs auszahlen. Hier schlummert eines der größten Arbeitskräftereservoirs, das darauf wartet, aktiviert zu werden.

Als einer der größten Arbeitgeber Österreichs soll und kann die Industrie die aktuellen Umbrüche am Arbeitsmarkt aktiv mitgestalten. Mit vereinter Kraft werden wir Lösungen finden für den aktuellen Mismatch an Angebot und Nachfrage bei Arbeitskräften, in der Transformation hin zu neuen Arbeitswelten Kraft schöpfen und weiterhin mit Menschen die Zukunft gestalten, die bereit sind, die Extrameile zu gehen – denn es braucht sie mehr denn je!

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

UNTERNEHMEN



„Die globale Marktwirtschaft hat uns viel Wohlstand gebracht, sie zeigt uns aber auch, dass Einzelereignisse ausreichen, um sie aus dem Gleichgewicht zu bringen. Unsere Reaktion darauf muss sein, die Ursachen und Wirkungen zu bestimmen, um daraus Lösungen abzuleiten.“

Karl Nehammer
Bundeskanzler



„Klar ist, dass der enorme, fast extreme Wirtschaftsaufschwung nun vorbei ist, eine echte Rezession erwarte ich - solange Gas fließt - jedoch nicht.“

Johannes Kopf
Vorstandsmitglied AMS



„Digitalisierung bringt die nötigen Impulse für Wachstum und Wohlstand in unserem Land und in ganz Europa. Künstliche Intelligenz hat sich in den letzten Jahren dabei als eine der Schlüsseltechnologien herauskristallisiert und kann eine Vielzahl von positiven Effekten mit sich bringen.“

Florian Tursky
Staatssekretär Digitalisierung

AKTUELLES IN KÜRZE

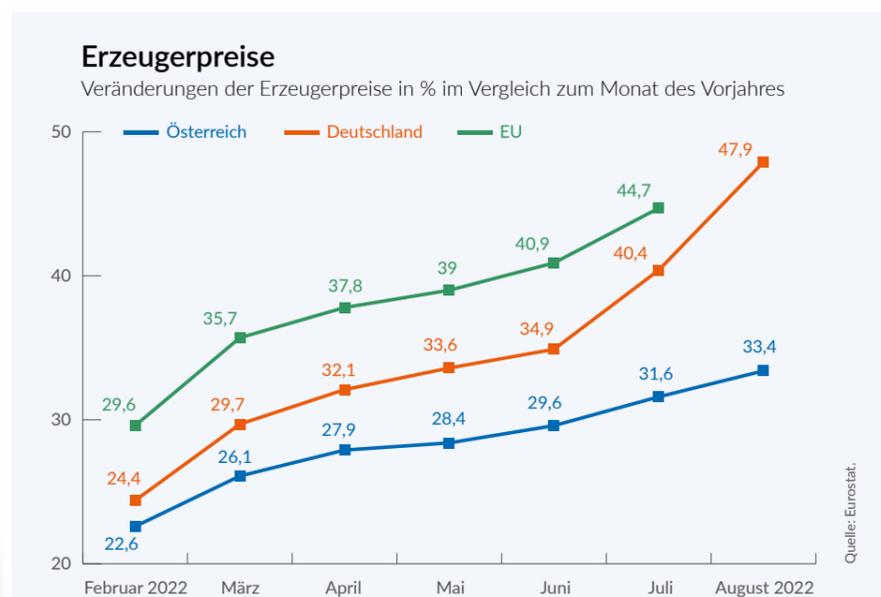
POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Im August erhöhten sich die Preise, die Hersteller für ihre Waren erhalten, laut Eurostat auf Jahressicht um 43,3 Prozent. Es ist der stärkste Zuwachs seit Bestehen der Währungsunion. Im Energiesektor stiegen die Preise besonders stark. Energie verteu-

erte sich im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2021 um 116,8 Prozent. Auch Vorleistungsgüter wurden erheblich teurer. Die Erzeugerpreise erfassen den Preisdruck auf Herstellerebene, indem sie die Verkaufspreise der Produzenten abbilden.



ZAHLE DES MONATS

8

Mit dem 8. Rang im Europäischen Innovationsranking (EIS) bestätigt Österreich sowohl seine Position des Vorjahres als auch seinen Status als „Strong Innovator“. „Das ist grundsätzlich erfreulich, aber leider schafft es Österreich seit Jahren nicht, aus dieser guten Mittelfeldposition auszubrechen und an die Spitze vorzustoßen“, sagt der IV-Generalsekretär Neumayer anlässlich der Veröffentlichung des EIS 2022 durch die Europäische Kommission. Doch gerade das wäre im Lichte der multiplen Krisen dringender nötig als je zuvor. Die Unternehmen halten jedenfalls ihren Innovationskurs, wie das EIS 2022 anhand der privaten F&E-Ausgaben bestätigt. Dies wird auch anhand aktueller Daten der österreichischen Industrie widergespiegelt: „Unsere Industrie-Leitbetriebe haben in den Coronajahren 2020 und 2021 ihre Forschungsausgaben um drei Prozent bzw. vier Prozent erhöht. Und sie werden bis 2025 sogar noch um weitere 18 Prozent steigen“, so Neumayer.

Knill: „Energieversorgung für kommende Winter sichern“

Energiekrise, Inflation, Fachkräfte – multiple Herausforderungen belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. IV-Präsident Georg Knill im Interview.

Wie sehr belastet die Multikrise die heimischen Unternehmen?

Knill: Wir befinden uns in einem äußerst schwierigen Umfeld zwischen Fachkräftemangel und geopolitischen Verwerfungen mit Auswirkungen auf Lieferketten. Am dramatischsten ist für die Unternehmen jedoch die aktuelle Situation auf den Gas- und Strommärkten. Die Lage bedroht mittlerweile die Substanz des Wirtschaftsstandortes Österreich. Unternehmen haben kaum mehr die Möglichkeit, in Österreich wirtschaftlich zu produzieren – Abwanderungen stehen durchaus im Raum. Wenn das passiert, droht uns ein signifikanter Verlust an Wohlstand.

Die Bundesregierung will nun mehr als eine Milliarde in die Hand nehmen, um heimische Unternehmen zu unterstützen. Wird dieses große Entlastungspaket helfen?

Die Aufstockung des Energiekostenzuschusses von 450 Millionen Euro auf 1,3 Milliarden Euro ist eine erste Linderung für betroffene Betriebe, aber bei weitem noch nicht ausreichend, um den enormen Druck nachhaltig zu dämpfen. Aufgrund der sprunghaft angestiegenen Preise ergibt sich jedoch eine Dringlichkeit, diese Hilfsmittel auf rund 2,5 Milliarden Euro aufzustocken und damit an den Anstieg der Energiekosten in den vergangenen Monaten anzupassen. Darüber hinaus müssen dringend weitere Schritte auf nationaler und europäischer Ebene folgen.

Auch Sie fordern nun einen Markteingriff, um die aus den Fugen geratenen Energiemärkte wieder in den Griff zu bekommen. Wo soll hier eingegriffen werden?

Europäische Herausforderungen, brauchen europäische Antworten. Wir fordern daher einerseits eine Entkopplung des Gaspreises



Georg Knill ist Präsident der Industriellenvereinigung

vom Strompreis durch eine Unterstützung des Gaspreises und Unterstützung bei zu hohen Preisausschlägen beim Gaspreis – das Extreme-Peak-Modell brächte somit rasche Entlastung, denn ab einer gewissen Grenze sollen die Kosten staatlich subventioniert werden.

Andererseits braucht es eine temporäre Begrenzung des Strompreises auf EU-Ebene. Man könnte auf Basis der bestehenden Merit Order einen Höchstpreis für Strom

durchsetzen, etwa indem der Gasverbrauch für Kraftwerke staatlich gestützt wird.

Erst kürzlich wurde gemeldet, dass die heimischen Gasspeicher zu 80 Prozent gefüllt sind. Entschärft das nicht die Lage?

Um diesen Winter mache ich mir vorerst keine Sorgen mehr, denn durch einen Schulterchluss von Industrie und öffentlicher Hand ist es gelungen, die Gasspeicher entsprechend zu füllen und Leitungskapazitäten für

40 Terawattstunden nicht-russisches Gas zur Verfügung zu stellen. Damit ist die Versorgung mit Gas für diesen Winter vorerst sichergestellt. Jetzt müssen wir uns darum kümmern, dass wir auch die Energieversorgung für die kommenden Winter sichern, denn in der Industrie werden wir Erdgas noch eine Zeit lang brauchen.

Wie groß ist der Standortnachteil für Österreichs Industrie durch die gestiegenen Energiepreise?

Die sprunghaft um mehrere hundert Prozent gestiegenen Energiepreise bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit und teilweise sogar die Existenz österreichischer Industriebetriebe. Die hohen Energiepreise sind leider ein weitgehend europäisches Phänomen: In Österreich sind die Energiepreise beispielsweise derzeit siebenmal höher als in den USA. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf, um die Kostensituation für die österreichische produzierende Industrie einzudämmen, denn 61,5 Prozent unserer Waren müssen auf internationalen Märkten bestehen.

Was muss nun passieren, um den Standort Österreich auch in Zukunft für den globalen Wettbewerb fit zu halten?

Wir brauchen dringend Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche und zukunftsfitte produzierende Industrie, die international wettbewerbsfähig ist. Dafür müssen wir kurzfristig in den sauren Apfel beißen und in den dysfunktionalen Energiemarkt eingreifen. Langfristig braucht es einen guten Rahmen für mehr Unabhängigkeit und strategische Partnerschaften in der Energieversorgung. Darüber hinaus bleibt der Arbeits- und Fachkräftemangel auf der Agenda – wir brauchen die Menschen für die Klima- und digitale Transformation.

Innovation in der Kommunikation fördern

Der PRVA unterstützt mit Netzwerk und Wissenstransfer bei einer modernen Unternehmenskommunikation.

Die Kommunikationsbranche befindet sich im Umbruch und die Anforderungen an moderne Unternehmenskommunikation sind vielschichtiger geworden. Das stärkt auch die Bedeutung starker Branchennetzwerke,

die den Austausch und Wissenstransfer fördern. Für Kommunikatorinnen und Kommunikatoren ist in Österreich der Public Relations Verband Austria (PRVA) mit rund 800 Mitgliedern die wichtigste Interessenvertretung und auch die hat sich im vergangenen Jahr neu positioniert. „Neben

ihrer entscheidenden Rolle für den gesellschaftlichen Diskurs ist professionelle Kommunikation ein wichtiger Standortfaktor und führt damit zu mehr Wertschöpfung für Unternehmen“, sagt Karin Wiesinger, Präsidentin des PRVA, und fügt hinzu: „Wir verstehen uns als zentrale Netzwerk-, Weiterbildungs- und Informationsplattform für Kommunikatorinnen und Kommunikatoren in ganz Österreich. Dabei liegt unser

Augenmerk immer auf der Vermittlung zukunftsicherer Fähigkeiten und aktueller internationaler Entwicklungen.“

Kommunikationsforschung

Der Wissenschaftliche Senat des PRVA nimmt Personen und Unternehmen als Senatoren auf, die mit ihren Beiträgen Forschungsvorhaben und Studien zu aktuellen Fragen aus der Kommunikationspraxis ermöglichen. Gleichzeitig können Mitglieder Aufträge für eigene Projekte über das starke Senats-Netzwerk an sämtliche wissenschaftliche Institute im Kommunikationsbereich ausschreiben. Dadurch kommen Projekte zustande wie im Zusammenhang mit der Automatisierung beim Auslesen von Content in Zusammenarbeit von APA de facto und der FH St. Pölten. „Diese Vernetzung zwischen Wissenschaft und Praxis ist ein großes Anliegen. Sie ist eine der ganz großen Stärken des Wissenschaftlichen Senats und ein Turbo für die Innovationskraft der Kommunikationsbranche in Österreich“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Senats.

INFORMATION

Der Wissenschaftliche Senat bietet IV-Mitgliedern jetzt einen kostenlosen Einstieg als Senator – der Jahresbeitrag wird erst für 2023 fällig. Dieses Angebot gilt auch für den PRVA und neue Wirtschaftspartner.

Für mehr Informationen einfach den QR-Code scannen:



V.l.n.r.: PRVA-Geschäftsführerin Ute Greutter, IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und PRVA-Präsidentin Karin Wiesinger mit Preisträgerinnen

TAG DER INDUSTRIE 2022

Unter dem diesjährigem Motto #IndustrielandÖsterreich feierten mehr als 400 hochkarätige Persönlichkeiten den Tag der Industrie 2022 in Wien. Bundeskanzler Karl Nehammer und IV-Präsident Georg Knill betonten in ihren Redebeiträgen den zentralen Stellenwert der heimischen Industrie für die österreichische Gesamtwirtschaft.

Gemeinsam konnten Präsident Georg Knill, Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, Vizepräsident F. Peter Mitterbauer und Generalsekretär Christoph Neumayer zahlreiche Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter

aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Haus der Industrie begrüßen: Unter anderem die zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Finanzminister Magnus Brunner, Wirtschaftsminister Martin Kocher, Außenminister Alexander Schallenberg, Bildungsminister Martin Polaschek, Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig, Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm und Digitalisierungsstaatssekretär Florian Turisky.

Ebenfalls unter den Gästen des diesjährigen #TDI'22 waren die Klubobleute August Wöginger, Sigrid Maurer und Beate Meisl-Reisinger sowie BusinessEurope-Generaldirektor Markus Beyrer.

UNSERE INDUSTRIE STEHT FÜR...

- ...gut ein Viertel der heimischen Wirtschaftskraft
- ...eine Million an sicheren und hochqualitativen Arbeitsplätzen
- ...fast die Hälfte der Forschungs- und Entwicklungsausgaben Österreichs
- ...eine Exportintensität von 62 Prozent

Kein anderer Sektor ist damit dermaßen ausschlaggebend für Beschäftigung und Wohlstand in unserem Land.

WEBTIPP

Hier geht es zum Video mit den besten Eindrücken des Abends:



Wege aus der Krise am Arbeitsmarkt

Neben den Energiekosten entwickelt sich der Mangel an Arbeitskräften in Österreich zur größten wirtschaftspolitischen Herausforderung. Eine Krise mit vielen Dimensionen.

Österreich gehen die Arbeitskräfte aus. Im September meldeten Unternehmen beim AMS rund 129.000 sofort verfügbare offene Stellen – ein anhaltendes Rekordniveau. Berücksichtigt man auch nicht gemeldete Stellen, gehen Experten von rund 250.000 offenen Jobs aus. Gleichzeitig waren im September knapp über 306.000 Menschen arbeitslos; nach wie vor liegt dieser Wert weit unter Vorkrisenniveau. Mit 5,7 Prozent ist die Arbeitslosenquote in Österreich auf dem niedrigsten Stand seit 14 Jahren. Noch deutlicher zeigt sich der Mismatch zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt in der Industrie. Im produzierenden Sektor gab es im August bei den als offen gemeldeten Stellen einen Zuwachs von 92 Prozent (!) im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 – im selben Zeitraum ist die Zahl der Arbeitslosen um 9,4 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr war die Industrie im September mit 14 Prozent der Bereich mit dem zweitstärksten Rückgang. Lediglich Zeitarbeiter waren noch gefragt.

„Das ist ein Problem, das uns jetzt mit voller Wucht trifft. Gerade in einer Zeit, in der wir alle gefordert sind, mehr zu leisten und es einen gemeinsamen Kraftakt braucht, um Krisen zu bewältigen, gehen uns die Arbeitskräfte aus“, sagt IV-Präsident Georg Knill. „Hier bräut sich ein Sturm zusammen, der uns nicht nur Wachstum und Wohlstand kostet. Und wir reden längst nicht nur von hochqualifizierten Ingenieuren und Programmiererinnen. Es fehlen auch Kraftfahrer und Lagerarbeiterinnen. Wer soll denn die Anlagen bauen, die wir für die Energiewende brauchen? Wer bildet unsere Kinder aus und wer pflegt die Alten und Kranken?“

Flexibilität

Parallel zu dieser Entwicklung hat sich auch in der Arbeitswelt ein Paradigmenwechsel vollzogen. Die Pandemie hat in weiten Bereichen der Wirtschaft den bisherigen Konsens, wann und wo Arbeit erledigt wird, aufgebrochen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fordern die neu entdeckten Freiheiten selbstbe-

„Wer soll denn die Anlagen bauen, die wir für die Energiewende brauchen? Wer bildet unsere Kinder aus und wer pflegt die Alten und Kranken?“

wusst ein. Remote Work bietet flexiblere Möglichkeiten, Arbeitszeit mit anderen Tätigkeiten zu vereinbaren. Und: Wer von der eigenen Wohnung aus arbeiten kann, kann seine Arbeit vielleicht auch gleich an einem ganz anderen Ort erledigen. Wie so oft hinken hier die Rahmenbedingungen hinterher und Unternehmen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Remote-Arbeitsplatz im Ausland ermöglichen wollen, stehen vor steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Herausforderungen.

Doch zurück zum Arbeitskräftemangel. „Es gibt kaum einen Zeitpunkt, der besser geeignet wäre, um ein Leistungspaket vorzulegen. Nur mit besonderem Einsatz können wir uns in Zeiten von Energiekrise und Rekordinflation schneller aus der Krise herausarbeiten. Es braucht viel stärkere steuerpolitische Anreize, damit sich Leistung wieder lohnt in unserem Land. Unseren Wohlstand erhalten und bauen wir nicht mit Work-Life-Balance aus, sondern nur mit Engagement und freiwilliger Mehrleistung. Deswegen gilt es, alle Potenziale am Arbeitsmarkt – von den Jungen über Frauen bis zu den Pensionisten – durch Anreize, die sich deutlich in der Geldbörse der Menschen auswirken, zu heben: Vollzeitarbeit, Überstunden, Nachtarbeit oder auch Weiterarbeiten nach Erreichen des Regelpensionsalters müssen steuerlich gefördert und nicht bestraft werden“, sagt der Präsident der IV Oberösterreich, Stefan Pierer.

Extrameilen

Flexibel zu arbeiten bedeutet nicht automatisch weniger zu arbeiten. Es gibt zahlreiche Menschen, die in ihren Jobs mehr leisten und für ihre Ziele Extrameilen laufen. 2021 wurden in Österreich laut Statistik Austria offiziell 190.600.000 Überstunden geleistet – der wahre Wert liegt wohl noch bedeutend höher. Diese Mehrarbeit muss gewürdigt werden und sich lohnen – etwa durch eine weitere steuerliche Begünstigung von Überstunden. Das könnte laut Berechnungen des IV-Chefökonom Christian Helmenstein die verfügbaren Einkommen in Österreich um 920 Mio. Euro pro Jahr stärken und brächte jährlich eine zusätzliche Bruttowertschöpfung von 763 Mio. Euro. Von all den Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt gehört der demografische Wandel zu den größten He-

erausforderungen. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in Pension und das wird den Arbeitsmarkt nachhaltig verändern. Die Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 15 und 64 Jahren geht laut Prognose der Statistik Austria in den nächsten 30 Jahren um knapp fünf Prozent zurück. Hinzu kommt, dass das faktische Pensionsantrittsalter in Österreich nach wie vor vergleichsweise niedrig ist. „Hier braucht es dringend stärkere Anreize, länger zu arbeiten und einen Bonus für jene, die das bereits tun. Das hat auch eine starke gesellschaftliche Komponente, denn Arbeit ist für viele mehr als nur Erwerbstätigkeit – sie stiftet im Idealfall Sinn. Gleichzeitig geht es für Unternehmen um einen wertvollen Wissens- und Erfahrungsschatz“, sagt Knill. Würde in Österreich im Alter länger gearbeitet, ließen sich weitere 40 Mio. Euro an verfügbarem Einkommen generieren, die eine zusätzliche Bruttowertschöpfung im Inland in Höhe von 33 Mio. Euro auslösen.

Lehrlings-Lücke

Auch am anderen Ende der Lebensphase der Erwerbstätigkeit klappt eine Lücke. Im September 2022 wurden um 4.779 mehr Lehrstellen beim AMS ausgeschrieben, als Lehrstellensuchende vorgemerkt waren. Die Wurzel dieses Problem liegt sicherlich auch nach wie vor im ausbaubaren Image, die dieser praxisnahe Ausbildungsweg in Österreich hat – das zeigt auch eine aktuelle Umfrage im Auftrag der IV, in der der Großteil der befragten jungen Menschen die Lehre nur als zweite Wahl auf ihrem Bildungsweg angab. Die Industriellenvereinigung setzt sich daher für eine breite Informationsoffensive und auch eine im Bildungssystem verankerte Berufsorientierung ein. Ein zunehmender Teil des Lehrlingsmangels ist aber auch auf die demografische Verschiebung in Österreich zu-

rückzuführen: Es gibt immer weniger junge Menschen. Grundsätzlich wird Österreich künftig verstärkt im Ausland nach Fach- und Arbeitskräften suchen müssen – ein Schritt, der gezielt und strategisch erfolgen sollte, um von Erfolg gekrönt zu sein. Die ersten Weichen dafür wurden bereits gestellt: Waren es 2021 lediglich 3.500 Rot-Weiß-Rot-Karten, die an Fachkräfte aus Drittstaaten ausgestellt wurden, rechnet das Wirt-

„Unseren Wohlstand erhalten und bauen wir nicht mit Work-Life-Balance aus, sondern nur mit Engagement und freiwilliger Mehrleistung.“

schaftsministerium mit einem zusätzlichen Potenzial von 10.000 bis 20.000 Arbeitskräften durch die jüngste Reform.

Teilzeit-Hochburg

Österreich ist im internationalen Vergleich eine Hochburg der Teilzeitarbeit. Jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet weniger als Vollzeit – bei Männern sind es rund elf Prozent. Hier gibt es nicht nur ein massives Potenzial an Arbeitskraft, die aktiviert werden kann. Hier geht es auch um Frauenkarrieren, die in Teilzeit nicht so rasch vorankommen

und damit über längere Zeiträume betrachtet große Gehaltseinbußen in Kauf nehmen müssen. Es ist für Frauen ein Problem, das sich bis in die Pension zieht, und eine der Hauptursachen für Altersarmut.

Den Anteil der Vollzeitbeschäftigten zu heben hätte durch die Erhöhung der verfügbaren Einkommen in Österreich um 1,06 Mrd. Euro auch gesamtwirtschaftliche Effekte auf Kaufkraft und Wohlstand im Land. Unter Berücksichtigung von privaten Ersparnissen und Abflüssen an das Ausland nimmt dadurch zugleich die in Österreich erzielte Wertschöpfung um 883 Mio. Euro pro Jahr zu.

Defizite in der Kinderbetreuung

Der wichtigste Faktor für (unfreiwillige) Teilzeitarbeit ist seit langem bekannt: In Österreich gibt es Regionen, in denen Kindergärten in der Mittagspause geschlossen sind und es oft sogar den ganzen Nachmittag bleiben. Bei der Kleinkindbetreuung gibt es im internationalen Vergleich große Defizite. Während in Wien der Anteil an verfügbaren Betreuungsplätzen bei über 44 Prozent der Unter-3-Jährigen liegt, gibt es Bundesländer, in denen nicht einmal jedes fünfte Kleinkind betreut werden kann.

Gerade dieser wichtige Punkt, mehr Frauen in die Vollzeit-Beschäftigung zu bringen, ist eine Mammutaufgabe mit mehreren Dimensionen. Denn hier schließt sich der Kreis: In der Elementarbildung wird händeringend nach Personal gesucht und die derzeit hohen Baukosten bremsen die Errichtung entsprechender Einrichtungen. Der Mangel an Arbeitskräften ist eine der größten wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit.

VIER LÖSUNGSANSÄTZE FÜR HERAUSFORDERUNGEN AM ARBEITSMARKT

1. Aus der Teilzeit in die Vollzeit!

Ein Anteil des Einkommens soll bei Erfüllung des Kriteriums der Vollzeitarbeit von der Einkommensteuer befreit sein.

2. Mehrleistung belohnen!

Erhöhung der Anzahl steuerlich begünstigter Überstunden auf 20 Stunden und der Grenze für die Steuerbefreiung auf 600 Euro.

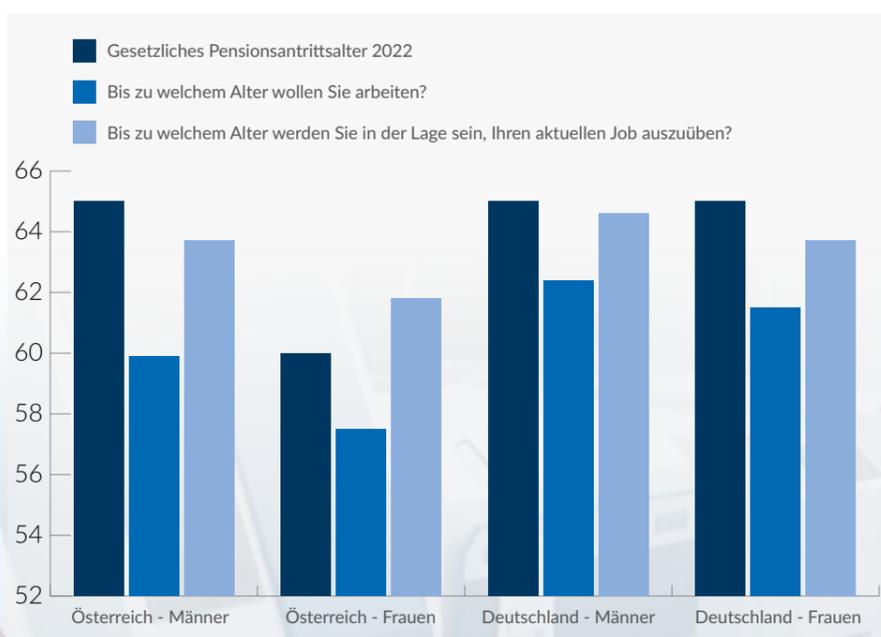
3. Leistungsbonus im Alter!

Vollständiges Entfallen der Beitragspflicht zur Pensionsversicherung nach Erreichen des Regel-Pensionsalters und Halbierung der Bemessungsgrundlage des Erwerbseinkommens.

4. Vorbild Kanada: Qualifizierte Zuwanderung!

Ausweitung und Anwendung der Zuzugsbegünstigung im Einkommenssteuergesetz auf Fachkräfte. Zusätzlich Erhöhung des Freibetrags für Werbungskosten/Betriebsausgaben auf 30% der Einkünfte.

In Summe erhöhen diese Maßnahmen die verfügbaren Einkommen in Österreich um rund 2,02 Mrd. Euro sowie die Bruttowertschöpfung um rund 1,68 Mrd. Euro pro Jahr. Ihre Umsetzung löst somit einen einmaligen Wachstumsschub in Österreich in Höhe von mindestens 0,41 Prozentpunkten aus.



Digitalisierung als Treiber von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Beim IV-Forum Digitale Transformation im Haus der Industrie tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und OECD zu den Themen Künstliche Intelligenz (KI), Data-Sharing und Cloud sowie Digital Skills aus.

IV-Präsident Knill unterstrich, dass es trotz aktueller Herausforderungen wichtig sei in die Zukunft zu investieren und eine klare Strategie zu verfolgen. Unternehmen mit hohem digitalem Reifegrad seien innovativer, verfügten über ein stärkeres Wachstum und kämen besser durch die Krise.

Als Erstes stand das Thema KI im Mittelpunkt: Katharina Hölzle, Universität Stuttgart und Fraunhofer-Gesellschaft, gab in ihrer Keynote einen Überblick über die Umsetzung von KI-Anwendungen in verschiedensten Branchen und betonte die Bedeutung des intelligenten Zusammenwirkens zwischen Mensch und

Technologie. In der Diskussion war man sich einig, dass es entscheidend ist, KI-Spitzenforschung am Standort zu stärken, KI-Hubs zu forcieren sowie ausreichend KI-Talente und -Fachkräfte sicherzustellen.

Der Themenblock Data-Sharing und Cloud wurde durch einen Vortrag von Oliver Ganser, Catena-X und BMW, eröffnet, der Einblicke in die Initiative für ein offenes Datenökosystem im Bereich der Automobilindustrie, Catena-X, gab. Im Zentrum der Diskussion standen die Chancen eines vertrauensvollen Datenaustausches für die Industrie sowie die Rolle von Gaia-X als Framework für den Datenaustausch.

Digital Skills fördern

Als Einstieg in das Panel zu Digital Skills zeigte Professor Schleicher, OECD, Perspektiven für die Zukunft von Schule und Bildung auf. In der Diskussion wurden wichtige Ansatzpunkte genannt wie ein stärker individualisierter Unterricht, Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft und die stärkere Begeisterung von Frauen für MINT-Ausbildungen und -Berufe.

Mit der Gründung der MINTality-Stiftung und den in Kürze startenden MINT-Regionen wurden dafür wichtige Schritte gesetzt.



Staatssekretär Florian Tursky und IV-Präsident Georg Knill beim Digital-Forum



ZUR PERSON

Katharina Hölzle

ist Mitglied der Institutsleitung am Fraunhofer IAO

Welche Rolle spielen Forschung und Innovation in akuten Krisensituationen, wie wir sie derzeit erleben? Wie kann die digitale Transformation dabei helfen?

Hölzle: In akuten Krisensituationen ist es für die Forschung häufig nicht ganz leicht, spontan und sofort Lösungen aufzuzeigen. Digitale Technologien sind die Grundlage für eine effektive Zusammenarbeit. Sie ermöglichen durch Automatisierung und Flexibilisierung eine Neugestaltung der Arbeit, des Marktes und der Unternehmen.

Auch bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Schaffung einer stärker nachhaltig orientierten Wirtschaft wird die digitale Transformation eine wichtige Rolle spielen.

Wie kann man Unternehmen Mut zu mehr Innovation und auch Lust darauf machen?

Befähigt Eure Mitarbeitenden! Die meisten Menschen haben Interesse an der Lösung von Problemen und daran, etwas Neues auszuprobieren.

Was sind wichtige Erfolgsfaktoren, wenn es darum geht, die Ergebnisse der Forschung in Unternehmen umzusetzen und auf den Markt zu bringen?

Die Akteure müssen sich finden. Dies geht am besten in regionalen und überregionalen Innovationsnetzwerken, in denen Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zusammenkommen. Es braucht eine gemeinsame Sprache der beteiligten Akteure. Ein weiterer Punkt ist die frühzeitige Einbindung der späteren Nutzer.

Und last, but not least: klares Commitment der Leitung.

Was braucht es, damit Europa bei Schlüsseltechnologien im globalen Wettbewerb vom Mitspieler?

Wir werden als Europa nicht bei allen Schlüsseltechnologien an der Weltspitze mitspielen können. Bei den digitalen Schlüsseltechnologien sollte Foresight-basiert eine Abschätzung vorgenommen werden, in welchen dieser Technologien Europa zur Weltspitze aufschließen und gezielt und konzentriert über Ländergrenzen hinweg in Innovationsökosysteme investiert werden kann. Wir sollten daran arbeiten, dass wir durch gemeinsame Anstrengungen ein Wissenschafts- und Innovationssystem schaffen, welches Talente anzieht, hält und weiterentwickelt.

AKTUELLES IN KÜRZE

Weichen für die Zukunft stellen

Technologieoffensive im nächsten FTI-Pakt (2024-2026) fortsetzen und ausbauen.

Wenn wir die digitale und grüne Transformation schaffen und in Schlüsseltechnologien nicht abgehängt werden wollen, um in internationalen Wertschöpfungsketten weiter mitspielen und sichtbar zu sein, dann müssen wir in Forschung, Technologie und Innovation (FTI) investieren! Dies ist unsere beste Chance und wesentlicher Hebel, mit widerstandsfähig gegen Krisen zu werden - sowohl in der Industrie als auch in der Gesellschaft insgesamt.

Die zuletzt verstärkten Investitionen innovativer Leitbetriebe in Österreich setzen ein starkes Zeichen für den FTI-Standort. Sie haben zudem in den Corona-Jahren ihre F&E-Ausgaben erhöht und setzen auch weiterhin auf Forschung, Technologie und Innovation.

Auf nationaler Ebene wird derzeit die Forschungsfinanzierung für die kommende Periode 2024-2026 (FTI-Pakt) diskutiert und verhandelt. Die Politik muss hier Rahmenbedingungen setzen und die bereits verankerte Technologieoffensive für angewandte Forschung, Technologieentwicklung und transformative Maßnahmen mutig und strategisch fortsetzen. Folgende Schwerpunkte sind dabei besonders wichtig: Digitalisierung,

Informations- und Kommunikationstechnik und Künstliche Intelligenz als Schlüsseltechnologien, innovative Produktions- und Materialtechnologien, Stärkung von Sektoren wie Automotive, Elektronik, Life Sciences und Maschinenbau, innovative Energie- und Mobilitätstechnologien sowie themenoffene Programme mit wichtiger Radarfunktion und kooperative Formate zum Technologietransfer.

Räte zusammenlegen

Zudem wird die Gesetzesgrundlage für die Zusammenlegung des Wissenschaftsrats und des Rats für Forschung und Technologieentwicklung neu verhandelt. Wichtig ist dabei, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ratsmitgliedern aus den Bereichen Universitäten, außeruniversitärer Forschung und forschenden Unternehmen sicherzustellen! Denn: Zwei Drittel der Forschungsausgaben kommen von Unternehmen!

WEBTIPP

Aktuelle Informationen zu FTI und Forschung und Entwicklung:



CDG-Preis für Forschung und Innovation 2022 im Haus der Industrie

Die enge Zusammenarbeit zwischen Leitbetrieben und Forschenden ist die Basis für Innovationen und stärkt den Wirtschaftsstandort Österreich. Am 22.09. vergab Wirtschaftsminister Martin Kocher den Preis für Forschung und

Innovation 2022 der Christian Doppler Gesellschaft (CDG). Der Preis geht an CDG geförderte Josef Ressel-Zentren, die mit ihrer zukunftsweisenden Forschung zur Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmenspartner beitragen.



V.l.n.r.: Bundesminister Martin Kocher, Preisträger Günther Mayr und Sandra Stroj, CDG-Präsident Martin Gerzabek

1031 DIGITAL THESEN

Digitale Spitzenklasse durch Wissenschaft und Wirtschaft

Österreich muss durch stärkere Verschmelzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft digitale Spitzenklasse werden.

Österreichs Geschichte zeigt, dass eine lange Tradition unser Land mit Wissenschaft und Erfindergeist verbindet: von der Gründung der Universität Wien 1365 als älteste im deutschsprachigen Raum bis zu bahnbrechenden Erfindungen, wie dem Glühstrumpf durch Auer von Welsbach. Im wirtschaftlichen Bereich hat uns diese Innovationskraft zur Spitzenklasse gebracht: Rund 250 heimische „Hidden Champions“, davon 73% aus dem Industriegüterbereich, beweisen das. Die Verschmelzung beider Bereiche ist integraler Bestandteil des Erfolgs, der Wettbewerbsvorteile sicherstellt und mit Patenten abgesichert wird.



Vergleicht man die Nischenbereichsweltmarktführer mit der gesamten Unternehmenslandschaft Österreichs, zeigt sich, dass diese Erfolgshebel noch nicht überall genutzt werden:

- Das EU Innovation Scoreboard 2020: „Attractive research systems“ beschreibt die Vernetzung von Forscherinnen und Forschern und die hohe Qualität von Forschungsergebnissen auf internationaler Ebene. Hier gibt es noch Verbesserungspotenzial.
- Österreichische Spin-offs : Österreich ist bei den Bildungsausgaben und jährlichen F&E-Investitionen von €12,7 Mrd. im internationalen Vergleich gut ausgestattet, mit insgesamt 71 Spin-offs von Universitäten und Fachhochschulen gibt es aber noch Luft nach oben.

- World Intellectual Property Organization: Österreichs angemeldete Patente, Markenzeichen und Industriedesigns sind im letzten Jahrzehnt konstant gewachsen, haben allerdings in den letzten Jahren an Fahrt verloren.

Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft hat mit dem digitalen Aktionsplan, in dem auch die Positionierung als Innovationsregion angesprochen wird, ein holistisches Fundament zur Digitalisierung geschaffen. Leider lässt sich darin noch kaum etwas zur Industrie finden.

Um zur digitalen Spitzenklasse aufzusteigen muss es uns gelingen, unsere Stärken weiter auszubauen und Zukunftsthemen, wie die Industrie 4.0 durch die Verschmelzung von wissenschaftlicher Innovation

und Wirtschaft weiter voranzutreiben. Wir als gruppe1031 sehen uns als Brücke zwischen Tradition und Moderne: Vom Industriesektor, dem Österreich einen Großteil seines Wirtschaftswachstums der letzten Jahrzehnte zu verdanken hat, zu den neu aufkommenden Innovatoren, die bereits erfolgreich Anwendungen im Bereich „Industrie 4.0“ entwickelt haben.

WEBTIPP

Weitere Details zu den Forderungen der gruppe1031 finden Sie auf www.gruppe1031.at

gruppe1031-Experte:
Alexander Zimm, Manager bei Simon-Kucher & Partners Strategy & Marketing Consultants GmbH



Ein Appell an die Vernunft

Der Wirtschaftsstandort Österreich ist aufgrund der multiplen Krisen in Gefahr. Alle müssen an einem Strang ziehen, um den Wohlstand zu bewahren.

Krieg, Energiekosten, Inflation und Corona halten die Bevölkerung nun schon seit einiger Zeit in Atem. Gerade die explodierenden Preise für Gas und Strom haben sich für die produzierende Industrie als existenzbedrohend entpuppt. Unternehmer kämpfen mit der Rentabilität ihrer Betriebe - bei jedem, der nicht abgesichert ist, stehen Werkschließungen im Raum. Bleiben die Energiepreise langfristig auf dem aktuellen Niveau, droht hierzulande eine Deindustrialisierung. Das wäre nicht nur für den Arbeitsmarkt eine Katastrophe, sondern auch für den Klimaschutz. Verlagert sich die Produktion in Länder mit niedrigeren Umweltauflagen, hätten sich die Jungen hierzulande dann vergeblich für Nachhaltigkeit eingesetzt.

Wir müssen also alles tun, um eine Abwanderung der Unternehmen zu verhindern. Das bedeutet für den Staat - zumindest kurzfristig - massive Mehrausgaben und Subventionen für Betriebe - in Zeiten, in denen wir das Geld auch an vielen anderen Ecken bräuchten. Die Politik muss daher beim Einsatz des Staatshaushaltes klare Prioritäten setzen, um den Wohlstand im Land zu halten.

Dafür brauchen die Politiker allerdings auch das Verständnis und die Vernunft der Bevölkerung, denn es scheint in Krisenzeiten notwendig, die eigenen Bedürfnisse vorübergehend zum Wohle der Allgemeinheit hintanzustellen.

Wenn wir uns die Forderungen der Pensionisten im Zuge der Pensionserhöhungen ansehen, wird leider schnell klar, dass wir davon noch entfernt sind. Vier Milliarden Euro kosten uns allein die aktuellen Pensionserhöhungen dieses Jahr - von den Unsummen, die das Pensionssystem sonst jährlich verschlingt, ganz zu schweigen.

Zusätzlich zu den enormen Energiekosten werden die Unternehmen hierzulande noch durch die hohe Inflation belastet. Die Preise steigen in rasantem Tempo und erschweren eine rentable Produktion zunehmend. Es braucht daher Mäßigung bei den Forderungen auf allen Ebenen, ansonsten schlittern wir schneller als gedacht in eine Rezession und ein gesamtwirtschaftliches Desaster.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

WELCOME ON BOARD

Wechsel in der Geschäftsführung der Jungen Industrie

Valentin Falb folgt Lisa Herwey

Valentin Falb ist neuer Bundesgeschäftsführer der Jungen Industrie. Falb (29) folgte mit Oktober Lisa Herwey nach, die sich einer neuen beruflichen Herausforderung widmet.

Er studierte Rechtswissenschaften in Wien und Hongkong und leitete einige Jahre ein Start-up Unternehmen. Nach Absolvierung

des Traineeprogramms der Industriellenvereinigung im Rahmen einer Station in der Sektion II des Wirtschaftsministeriums (Wirtschaftsstandort, Innovation und Internationalisierung) wechselte er im Dezember 2021 zur Industriellenvereinigung Wien, wo er nach wie vor als Referent und Geschäftsführer der Wiener Jungen Industrie tätig ist.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky, Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlana Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschatz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Nina Mayrberger, Tom Matanovic, des21

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/LR Schuschnig Taltavull, IV-NÖ/Andi Bruckner, IV-OÖ/Pixabay, IV-Salzburg/ AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Fitsch/Tyrolit, IV-Vorarlberg/Frederick Sams, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Energiekrise: Jede Woche zählt!

Eine Blitzumfrage der IV-OÖ zur Energiekrise zeigt den enormen Problemdruck für die OÖ. Industrie: Ein Viertel der Betriebe kann einen Stopp der Produktion in den nächsten Monaten nicht mehr ausschließen.

Die aktuelle Lage ist für die OÖ. Industrie extrem herausfordernd, die Betroffenheit je nach Branche und Betrieb stark unterschiedlich. Für alle gleich ist die enorme Unsicherheit über die weitere Entwicklung in den nächsten Monaten, die eine Planung unmöglich macht. Die IV-OÖ hat aus diesem Grund eine Blitzumfrage durchgeführt, an der 80 Betriebe – Großunternehmen wie auch Klein- und Mittelbetriebe – teilgenommen haben.

Die Ergebnisse ergeben folgendes Bild: Der größte Problemdruck betrifft aktuell die enorm gestiegenen Energiepreise. Neben besonders betroffenen energieintensiven Branchen wie die Metall-, Kunststoff-, Papier-, Nahrungsmittel-, Baustoff- oder Chemieindustrie sind indirekt auch nicht energieintensive Betriebe beispielsweise aus dem Maschinen- und Anlagenbau über die massiv gestiegenen Vormaterialkosten ihrer Lieferanten davon betroffen. „Wegen der überdurchschnittlich hohen Energiepreise in Österreich im weltweiten und sogar im europäischen Vergleich kommt die Wettbewerbsfähigkeit der auf globalen Märkten tätigen OÖ. Industrie gravierend unter die Räder“, erklärt dazu IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch. Bereits deutlich zu spüren ist die schlechter werdende wirtschaftliche Stimmungslage. Es kommt zu Verschiebungen und Stornierungen von Investitionsprojekten auf Firmen- wie auch auf Konsumentenebene.



„In der Vergangenheit wurden viele wichtige energiepolitische Schritte verhindert oder tabuisiert, die Physik kennt jedoch kein Parteibuch!“

Joachim Haindl-Grutsch,
IV-OÖ-Geschäftsführer

Hohe Energiekosten schlagen durch

Der Anteil der Energiekosten an den Gesamtkosten von Unternehmen ist grundsätzlich je nach Branche sehr heterogen – die Bandbreite in der Blitzumfrage reicht von weniger als einem Prozent bis zu 25 Prozent. Allen gemeinsam ist der rasante

Anstieg der Energiekosten, der sich in diesem und auch im nächsten Jahr verstärken wird, weil aktuell noch etwa die Hälfte der an der Umfrage beteiligten Betriebe von abgesicherten Preisen oder laufenden Verträgen profitieren. „Bei der Mehrheit dieser Unternehmen laufen jedoch die Fixpreise

mit Jahresende aus“, so Haindl-Grutsch, „die massiven wirtschaftlichen Auswirkungen werden sich also mit Jahresbeginn 2023 nochmals deutlich verschärfen“.

Einige energieintensive Betriebe haben noch mit abnehmendem Anteil für die nächsten zwei bis drei Jahre gesicherte Energiepreise – unterschiedlich für Gas und Strom. Die andere Hälfte der Unternehmen ist bereits jetzt voll von den explodierten Energiepreisen betroffen. Der Energiekostenanteil an den Gesamtkosten des Unternehmens hat sich dadurch bereits verdoppelt bis versiebenfacht. Diese Effekte entlang der gesamten Lieferkette potenzieren das Kostenproblem zusätzlich. Nur für eine kleine Minderheit der Betriebe der OÖ. Industrie sind die Energiekosten vernachlässigbar.

Kostendeckung kaum mehr möglich

Die entscheidende Frage lautet, ob die Betriebe aktuell die gestiegenen Kosten weitergeben können. Etwa ein Viertel der teilnehmenden Betriebe kann die Kosten an die Kunden vollständig weitergeben, 60 Prozent teilweise und 15 Prozent gar nicht. Bereits jetzt ist bei rund einem Viertel der Unternehmen ein kostendeckender Betrieb nicht mehr möglich, bei den meisten gehen die Gewinnmargen rasant zurück. Diese Zahl wird sich in den nächsten Monaten mit Auslaufen der Energiepreis-Absicherungen weiter kräftig erhöhen. Schon jetzt gehen Aufträge aufgrund fehlender Wettbewerbsfähigkeit verloren, Umsätze brechen ein.



Industrie stand dort?

Die in Europa viel zu hohen Energiepreise erfordern ein rasches und nachhaltiges Gegensteuern. Andernfalls ist unser Industriestandort in Gefahr.

Die OÖ. Industrie ist zurzeit mit einer absoluten Ausnahmesituation konfrontiert. Binnen eines Jahres gab es an den Spotmärkten eine Versechsfachung der Strompreise und eine Verzehnfachung der Gaspreise. Die Wahrscheinlichkeit von Produktionsdrosselungen und Arbeitslosigkeit in Österreich steigt, wenn nicht schnell und konsequent gegensteuert wird. Es droht eine Kernschmelze im österreichischen Mittelstand und damit bei den Lieferketten. Die hohen Energiepreise sind aber primär ein europäisches Problem. Beispielsweise sind die Gaspreise hier um das Siebenfache höher als in den USA. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um die Kostensituation für die Industrie einzudämmen, denn die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Europa kommt derzeit massiv unter die Räder. Bei einem dauerhaften Kostennachteil in dieser Höhe wäre eine Deindustrialisierungswelle die sichere Folge.

Insgesamt betrachtet handelt es sich um ein Totalversagen der EU: Wer Sanktionen ausspricht, braucht gleichzeitig einen Werkzeugkoffer, um die negativen Effekte auszugleichen. So braucht es dringend eine Entkopplung von Gas- und Strompreis durch die temporäre Subvention von Gas und der Stromerzeugung in Gaskraftwerken. Der Energiekostenzuschuss der Bundesregierung ist lediglich ein erster Tropfen auf dem heißen Stein. Mittelfristig braucht es eine Anpassung der bestehenden EU-weiten Regeln des Strommarktdesigns mit einer Anpassung der Merit Order.

Wie stark und wie lange die bevorstehende Rezession ausfallen wird, ist aktuell nicht prognostizierbar. Beruhigen sich die Energiepreise wieder, könnte mit einem Wiederaufschwung im Jahr 2024 gerechnet werden. Bei nachhaltig zu hohen Energiepreisen droht jedoch eine De-Industrialisierung Europas. Ebenso wenig absehbar ist, wann bei der Inflation der Wendepunkt erreicht sein wird; das Maximum steht erst bevor. Ob es bis 2026 zu einem Rückgang auf den Zielwert von zwei Prozent kommen wird, bleibt fraglich. Klar ist, dass wir eine Zeitenwende in allen Bereichen erleben – auf dem Gütermarkt, dem Arbeitsmarkt, dem Rohstoffmarkt und dem Kapitalmarkt. Statt der viel zitierten De-Globalisierung ist aber eine Globalisierung neuen Zuschnitts für die heimische Industrie zu erwarten.

Ihr
Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich

Produktionsstopps werden zunehmen

Welche Auswirkungen hat der Kostendruck auf die Produktion? Wird es in den kommenden Monaten Einschränkungen oder vollständige Stopps geben? Etwa die Hälfte der Betriebe hat bereits jetzt die Produktion teilweise eingeschränkt oder plant diese bei Fortsetzung des aktuellen Kostenniveaus der Energiepreise in den nächsten Monaten – nicht zuletzt, weil eine deutlich zurückgehende Nachfrage erwartet wird. Auch eine verlängerte Weihnachtspause wird in Erwägung gezogen. Ein Viertel der an der Blitzumfrage teilnehmenden Betriebe kann sogar einen Komplettstopp der Produktion in den kommenden Monaten nicht ausschließen. „Man kann davon ausgehen, dass ohne rasche Hilfe Lieferketten wieder reißen werden“, betont Haindl-Grutsch.

Die nächsten Monate werden kritisch

Die Umfrage zeigt mehr als deutlich auf, wie kritisch die nächsten Monate für die OÖ. Industrie werden. Jetzt muss die Politik auf europäischer und nationaler Ebene dringend handeln. Auf europäischer Ebene muss die Adaptierung der Merit Order, die Entkopplung von Strom- und Gaspreis und ein Modell zur Eindämmung der Gaspreise kommen. Der Zeitdruck sei dabei enorm: „Sollten Einschränkungen und Produktionsstillstände eintreten, muss auch das Thema Kurzarbeit als Instrument der Überbrückung wieder zur Anwendung kommen.“

Die Physik kennt kein Parteibuch

Durch den Ukraine-Krieg und die sich daraus entwickelten enormen Energiepreisteigerungen wurde die österreichische Energiepolitik einem Realitätstest unterzogen. Die Unzulänglichkeiten werden nun transparent. Man erkennt deutlich, dass die österreichische Energiepolitik der letzten Jahrzehnte

eine Melange aus Scheinheiligkeit, Ideologien und naturwissenschaftlich-technischem Unwissen war. „In der Vergangenheit wurden viele wichtige energiepolitische Schritte verhindert oder tabuisiert, die Physik kennt jedoch kein Parteibuch“, postuliert der IV-OÖ-Geschäftsführer.

Beispielhaft sei angeführt, dass laut Experten im niederösterreichischen Weinviertel ein Schiefergas-Vorkommen lagert, das Österreich fast 30 Jahre lang versorgen könnte. Die Montanuniversität Leoben hat ein Verfahren entwickelt, das Bio-Fracking ohne Verwendung von Chemikalien und damit eine saubere Gewinnung von Schiefergas in Österreich ermöglichen könnte. „Stattdessen wird amerikanisches Fracking-Gas, das über LNG-Tanker nach Europa transportiert wird, eingekauft“, sagt Haindl-Grutsch: „Hohe Kosten, hoher Energieeinsatz und damit CO₂-Emissionen, keine eigene wirtschaftliche Wertschöpfung, keine Nutzung eigener Technologien sowie neue Abhängigkeiten sind die Folge.“

Eine ökologisch und ökonomisch rationale Energiepolitik nützt die jeweiligen Stärken der Stromerzeugung aus Wasser, Wind, Sonne und Biomasse in den verschiedenen Regionen Europas. Die Stromproduktion aus Wasserkraft ist der zentrale Standortvorteil von Österreich. Dieser wurde in den letzten Jahrzehnten ideologisch motiviert eingeschränkt. Der Bau und die Modernisierung vieler Wasserkraftwerke wurden durch umfassende Einschränkungen im großen Stil verhindert und verzögert.

Neue Wege statt Träumereien

Österreich hat sich das Ziel gesetzt, bis 2030 die Stromproduktion bilanziell zu 100 Prozent auf Basis erneuerbarer Energieträger darzustellen. Dabei wurden die Verfahrensdauern

und zusätzlich notwendigen Verfügbarkeiten von Stahl und Beton sowie ganz besonders von Fachkräften für den Bau und die Installation der Ökostromanlagen nicht berücksichtigt. Zusätzlich fehlen saisonale Speicherkapazitäten, um den hohen Strombedarf im Winter bei gleichzeitig eingeschränkter grüner Stromproduktion decken zu können. Strom muss 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag zur Verfügung stehen. Dafür braucht es Grundlastkapazitäten, die nur durch Atom-, Gas-, Kohle- und Laufkraftwerke, nicht aber durch Photovoltaik und Windstrom zur Verfügung gestellt werden können. Bei der Stromproduktion aus Sonne und Wind müssen daher die erforderlichen Standby-Kraftwerke mitberücksichtigt werden. Wenn in weiterer Folge neben der Mobilität auch die Industrie elektrifiziert werden soll, braucht es zusätzliche Grundlastkapazitäten. „Anstelle von Energieautarkie zu träumen, müssen mit einer technologieoffenen Energiepolitik neue Wege der internationalen Zusammenarbeit eingeschlagen werden“, fordert Haindl-Grutsch.

Den enormen zusätzlichen Bedarf an CO₂-neutralem Strom, Wasserstoff und E-Fuels für Industrie und Mobilität könne Österreich nur über umfassende internationale Kooperationen mit Ländern mit günstigen Rahmenbedingungen für grüne Energie decken. Diese Kooperationen müssten jetzt in die Wege geleitet werden und auch die dafür notwendige Infrastruktur in Österreich gebaut werden, wie Haindl-Grutsch abschließend betont: „Die aktuelle Zeitenwende macht eine realitätsnahe, technologiegetriebene und umsetzungsstarke Energiepolitik Österreichs erforderlich. Die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes und damit der Wohlstand unseres Landes hängen davon ab!“

Von den Besten lernen

Die diesjährige Delegationsreise von IV-OÖ und LR Achleitner in die Lombardei lieferte wertvolle Impulse für die richtigen Weichenstellungen in Oberösterreich und machte Gemeinsamkeiten der beiden Industrieregionen sichtbar.

Die Herausforderungen, vor denen Europa, Österreich und das Industrieland Oberösterreich stehen, sind vielfältig. Gerade in der Zeit multipler Krisen ist und bleibt es das Ziel Oberösterreichs, zu den Top Ten der industriellen Spitzenregionen Europas aufzuschließen. Die IV-OÖ und Standortlandesrat Markus Achleitner führen daher seit vielen Jahren Delegationsreisen in die stärksten Industrieregionen Europas durch, um von den Besten zu lernen, Kontakte zu knüpfen, innovative Ansätze mit nach Oberösterreich zu nehmen und um die richtigen Weichenstellungen für einen zukunftsfiten Wirtschaftsstandort zu treffen.

Industriezentrum Italiens

Die diesjährige Spitzenregionen-Reise führte kürzlich nach Mailand, der zweitgrößten Stadt Italiens und Hauptstadt der Lombardei. Die Region ist das Industriezentrum und der wirtschaftliche Motor Italiens und zählt zu den wettbewerbsfähigsten, unternehmerisch aktivsten Regionen Europas. „Mit zehn Millionen Einwohnern ist die Lombardei die bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Region des Landes“, erklärt IV-OÖ-Vizepräsident Thomas Bründl, der mit LR Markus Achleitner die Delegation anführte: „Sie ist die wichtigste Industrieregion Italiens sowohl im Hinblick auf den Umsatz als auch die Zahl der Beschäftigten. Das Programm der Reise gewährte Einblick in die wirtschaftliche Vielfalt dieser Region und lieferte Impulse, um die richtigen Weichenstellungen für Oberösterreich vorzunehmen.“

Wertschöpfungs- und Forschungsmotor

So wurde etwa am Beispiel Leonardo Helicopters deutlich, wie wichtig die Luft- und Raumfahrtindustrie als Wertschöpfungs- und Forschungsmotor heute ist: Das im zivilen und militärischen Bereich aktive Unternehmen ist mit 14 Milliarden Euro Umsatz, 50.000 Mitarbeitern und weltweit 106 Werken ein Technologiemotor Italiens. Auch die österreichische Flug- und Raumfahrtindustrie benötigt die entsprechenden Aufträge aus EU-weiten Programmen, um sich entsprechend entwickeln zu können.

„Besonders beeindruckend ist in der Lombardei, wie industrielle Stärke mit Markenbildung einhergeht“, erzählt IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch im Rückblick auf die Spitzenregionen-Reise. Beispielhaft dazu nennt er Brembo, den global führenden Bremsenhersteller, der in den Bereichen Design, Innovation wie auch Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft federführend ist. „Bei Brembo und beim Besuch bei Reifenhersteller Pirelli war das zentrale Thema, wie Europa mit den überdurchschnittlichen Energiekosten weltweit wettbewerbsfähig bleiben kann“, so Haindl-Grutsch. Eine schlechende De-Industrialisierung in Zentraleuropa in Richtung der EU-Ränder wie auch außerhalb des Uni-onsgebietes sei in vollem Gange.

Digitalisierung und Technologietransfer

Am Beispiel des Kilometro Rosso, einem Technologiepark von Industrie, Start-up-Unternehmen und Universitäten, und dem

Politecnico di Milano, der Technischen Universität Mailands, zeigte sich, dass auch in Oberitalien die Digitalisierung der Industrie und der Technologietransfer großgeschrieben werden: Eine mit dem Kilometro Rosso vergleichbare Einrichtung braucht es auch in unmittelbarer Nähe der neu entstehenden Technischen Universität in Linz. Beim abschließenden Termin im Headquarter der Unicredit wurde deutlich, dass auch in Italien im kommenden Jahr mit einer spürbaren Verschlechterung des Welthandels mit hohen Energiepreisen, hoher Inflation und hohen Finanzierungskosten gerechnet wird. Die gute Nachricht: Das italienische Bankensystem ist heute deutlich besser aufgestellt als in der Finanzkrise 2008/2009.

Patentkaiser unter sich

Generell machte die Delegationsreise nach Mailand eine Reihe von Gemeinsamkeiten mit dem Industrieland Oberösterreich sichtbar. Die Lombardei ist nicht nur die exportstärkste, sondern auch die kreativste Region Italiens und stellt die meisten Patentanträge an das European Patent Office. Im Jahr 2019 wurden von Italien 4.456 Patentanträge eingebracht, ein Drittel davon aus der Lombardei. Die Vorreiterrolle spielte dabei Mailand: Allein aus der lombardischen Hauptstadt kamen 21 Prozent aller italienischen Patentanträge, was erneut ihre Rolle als Innovation-Hub bestätigt. „Auch hier ist Oberösterreich relativ gesehen ähnlich positioniert“, betont IV-OÖ-Vizepräsident Thomas Bründl: „Mehr als ein Fünftel der

Erfindungen Österreichs wurden 2021 in Oberösterreich gemacht – und damit so viele wie in keinem anderen Bundesland!“

OÖ am richtigen Weg

Doch auch in anderen Bereichen wurde in den vergangenen Jahren manches richtig gemacht: Gemäß der letzten verfügbaren Auswertung des Regional Competitiveness Index (RCI) der Europäischen Union aus dem Jahr 2019 liegt Oberösterreich auf Platz 34 von 86 vergleichbaren Industrieregionen und konnte in diesem Ranking gegenüber 2016 17 Plätze aufholen. „Dies zeigt, dass Oberösterreich auf dem richtigen Weg ist. Für den Anschluss an die Top Ten

Industrieregionen braucht es allerdings noch einige Verbesserungen der Standort-Rahmenbedingungen“, hält Bründl abschließend fest: Die Rückkehr zu einem nachhaltigen finanzpolitischen Kurs auf Bundes- und Landesebene nach Bewältigung der Krise, Abbau von Bürokratie und Überregulierung sowie Effizienzsteigerungen durch die Digitalisierung des öffentlichen Sektors zählen ebenso dazu wie eine deutliche Steigerung der Anzahl von MINT-Absolventen von der Lehre bis zu den Hochschulen, deutliche Verbesserungen in der Verkehrs-, Energie- und Breitbandinfrastruktur, der weitere Ausbau der Forschungsaktivitäten und die Forcierung von Zukunftstechnologien.

